

149/A(E) XXVI. GP

Eingebracht am 01.03.2018

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

**der Abgeordneten Matthias Strolz, Kolleginnen und Kollegen
betreffend Stärkung der Schulsozialarbeit sowie Ermöglichung aufsuchender
Angebote**

In einer sich ständig verändernden Gesellschaft sehen sich auch Jugendliche mit immer neuen Herausforderungen und Problemen konfrontiert. Damit einhergehend muss sich – in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen der öffentlichen Hand – auch die Schule, der lange Zeit nur eine wissensvermittelnde Rolle im Gesellschaftssystem zugeschrieben war, mit diesen neuen Herausforderungen auseinandersetzen. Dies beinhaltet u.a. auch das Angebot von Hilfestellungen bei persönlichen Problemen von Schüler_innen.

Angesichts der aktuellen Diskussion bezüglich des „Schulschwänzens“ ist der erste Reflex der Bundesregierung leider der Ruf nach Verschärfung von Sanktionen. In einer liberalen Demokratie sollten wir aber effektivere Möglichkeiten finden, um ein gedeihliches Miteinander zu stärken.

Um den komplexen Herausforderungen des schulischen Alltags gerecht zu werden, stehen den Lehrkräften in Österreich unterschiedliche Unterstützungssysteme zur Verfügung. Neben den bereits etablierten, aber weiter ausbaufähigen Angeboten des schulärztlichen Dienstes, der Schulpsychologie oder spezialisierten Lehrkräften (z. B. Beratungslehrer_innen) wurde in den letzten Jahren auch Schulsozialarbeit implementiert. Bevor wir gegenüber Schüler_innen und Eltern die Strafen verschärfen und Sanktionen ausbauen, sollte Österreich noch deutlich mehr in diesen Bereich investieren. Hier hinkt unser Land im internationalen Vergleich nämlich immer noch massiv hinterher. Das Interventionsinstrumentarium muss zudem auch die Möglichkeit der aufsuchenden Sozialarbeit beinhalten. Dort wo Eltern oder auch Schüler_innen nicht bereit sind, mit der Schule zu kooperieren, braucht es Fachpersonal, das zu den Betroffenen nach Hause geht. Erhöhte Strafen können nur die letzte Eskalationsstufe sein.

Klar ist zudem auch, dass mehr zielorientierte Zusammenarbeit zwischen jenen Ministerien, Landes- und Bezirksabteilungen notwendig ist, die die Bereiche Integration, Bildung, Soziales, Familien und Jugend verantworten. Es braucht verstärkt Kooperation zwischen den zuständigen Behörden und Institutionen auf Bundes-, Landes- und Regionalebene, um eine flächendeckende und gelingende Schulsozialarbeit zu ermöglichen.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAНTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass an Österreichs Schulen unter Berücksichtigung regionaler Erfordernisse ausreichend organisatorische, finanzielle und personelle Ressourcen vorhanden sind, um professionelle Schulsozial- und Elternarbeit zu ermöglichen. Dabei soll die aufsuchende Sozialarbeit als Erweiterung der Handlungsoptionen ausgebaut werden."

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Unterrichtsausschuss vorgeschlagen.